

## 15. Wahlperiode

### Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 9

der Abgeordneten Claudia Hämmerling (Bündnis 90/ Die Grünen)

aus der 89. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 31. August 2006 und **Antwort**

#### Palast der Republik – Abriss gesundheitsschädlich, teurer, länger und per LKW?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. In welchem Umfang werden sich die zeitlichen und finanziellen Aufwendungen für den Abriss des ehemaligen Palastes der Republik erhöhen, nachdem – keinesfalls überraschend – weitere Asbestbelastungen im Gebäude gefunden wurden?

Antwort zu 1.: Die beim Abbruch der Deckenelemente gefundenen Asbestreste sind an Stellen aufgetreten, die nach dem Bauablauf der Errichtung des Palastes der Republik nicht vorhersehbar waren und sehr wahrscheinlich auf den nicht sachgemäßen Umgang mit dem Spritzgut während der Baudurchführung zurückzuführen sind. Entgegen der Auffassung der Fragestellerin handelt es sich somit - neben den bei der Ausschreibung der Bauleistungen bereits bekannten und berücksichtigten Fundstellen - bei den neuerlichen Funden um nicht zu erwartende Fundstellen.

Detaillierte Angaben über die tatsächlich eintretenden Kostensteigerungen können derzeit noch nicht gemacht werden, da bisher nicht absehbar ist, ob der Abbruch des gesamten Gebäudes nach der derzeitigen, äußerst zeit- und kostenaufwändigen Technologie erfolgen muss. Eine Entscheidung darüber, ob die geänderte Rückbautechnologie weiterhin angewandt werden muss obliegt dem Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi) und wird in Abhängigkeit weiterer Asbestfunde getroffen. Unter der Annahme, dass tatsächlich auf allen Geschossebenen und in allen drei Bauteilen Asbest in den Innenfugen gefunden würde und damit der Rückbau in keinem Bereich nach der ursprünglichen Technologie weitergeführt werden kann, würden sich die Mehrkosten für die Asbestbeseitigung auf maximal 9,9 Mio. € belaufen. Proportional zu den tatsächlich entstehenden Baukosten können noch Kosten für die Ver-

längerung der Ingenieur- und sonstigen Leistungen wie z. B. Wachschatz oder die Gebühren für die Nutzung der Wasserstraße hinzukommen. Der bisherige Zeitverzug beträgt durch die notwendige Verfahrensentwicklung und die verzögerte Demontage ca. drei Monate. In Abhängigkeit von weiteren Asbestfunden und der notwendigen Rückbautechnologie wird sich eine Gesamtückbauzeit ergeben, die derzeit seriös noch nicht bezifferbar ist.

Zwischen der Bundesregierung und dem Senat wurde vertraglich geregelt, dass die Kosten für die Beseitigung der Restasbestbelastung aufgrund der Zuständigkeit der Bundesregierung für die Asbestsanierung des Palastes der Republik ebenfalls von dieser zu tragen sind.

2. Wie bewertet der Senat Informationen von AnwohnerInnen des Nicolai-Viertels, dass der Abtransport des Abrissmaterials derzeit ausschließlich über die Straße erfolgt statt über den Wasserweg und welches sind die Gründe?

Antwort zu 2.: Es ist zutreffend, dass nach Fertigstellung der Sandeinspülung die Schiffstransporte noch nicht wieder aufgenommen werden konnten. Die Transporttechnologie der Baufirma geht davon aus, dass im unmittelbaren an der Uferlinie angrenzenden Bereich Zwischenlagerflächen geschaffen werden, von denen aus die Schuten beladen werden können.

Durch die zusätzlichen Asbestfunde und die daraus resultierende notwendige Umstellung der Rückbautechnologie konnten abweichend vom alten Bauablaufplan weder die Lagerflächen entlang der Spree hergestellt, noch die notwendige Kranbahn für den neuen Turmdrehkran durch das Bauteil 2 (Foyer) geführt werden. Dieser Kran soll die Beladung der Schuten durchführen. Ursprünglich war der Abbruch des Bauteils 2 bis Mitte Juni 2006 vorgesehen und danach sollte die Kranbahn bis

an die Spree geführt werden. Aufgrund der Verzögerung des Bauablaufs ist erst ca. ein Drittel des Bauteils 2 abgetragen. Die Baufirma ist beauftragt, eine Präzisierung der Transporttechnologie unter dem Aspekt der schnellstmöglichen Aufnahme der Schiffstransporte durchzuführen.

Berlin, den 22. September 2006

J u n g e – R e y e r

.....  
Senatorin für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Oktober 2006)